

Atomüll

Endlager Sibirien?

Nach den Krawallen um den Atomtransport wächst in der Nuklearbranche der Zweifel an dem Endlager Gorleben. Manager und Politiker suchen nach Alternativen für die Entsorgung des Strahlenmülls aus deutschen Kraftwerken. Neue Pläne sehen den Export nach Frankreich oder Rußland vor.

Unbemerkt verließen die Atomülltransporteure auf ihrer roten Lokomotive mit leerem Spezialanhänger frühmorgens den Bahnhof im niedersächsischen Dannenberg. Zwei Tage hatten sie sich mit ihrem Gefährt durch die Republik gequält, um über zehn Tonnen deutschen Strahlenabfall von der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague in das Dorf im niedersächsischen Wendland zu transportieren.

Während sich Demonstranten und Polizisten vor den Toren des Bahnhofs erbitterte Straßenschlachten lieferten, der auf einen Tieflader umgeladene Müllbehälter vom französischen Typ TS 28 nur noch im Schrittempo vorankam, rollten die Müllspediteure vergangenen Mittwoch schon dem nächsten Auftrag entgegen.

Im bayerischen Kernkraftwerk Gundremmingen wartet bereits eine Castor-Box darauf, in Kürze nach Gorleben zu rollen. Auch aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague, so Jürgen Auer von der Brennelementlager Gorleben GmbH, seien „in wenigen Monaten“ weitere Transporte zu erwarten.

Doch ob es wirklich dazu kommt, ist fraglich. Nur mit Hilfe von 19 000 Polizisten, dem größten Polizeiaufgebot der deutschen Geschichte, war es vergangene Woche gelungen, den Atombehälter zu seinem Bestimmungsort zu manövrieren, dem Zwischenlager Gorleben. Hubschrauber, ausgerüstet mit speziellen Infrarotkameras, überflogen nächstens die Transportstrecke, um sägende und schweißende Protestierer an den Gleisen aufzuspüren.

Rund um die Uhr bewachen Sondereinheiten wichtige Strommasten, weil nach der Sprengung eines Trägers bei Dragahn die gesamte Stromversorgung zu-

sammenzubrechen drohte. Dutzende von Bombendrohungen und Schienenbeschädigungen legten immer wieder den Zugverkehr lahm. 55 Millionen Mark kostete es den Staat, dem umstrittenen Gefährt den Weg freizuknüpfeln. Ein Preis, der selbst den Befürwortern auf Dauer zu hoch sein dürfte.

Aufgeschreckt von den „kriegsähnlichen Zuständen“ (ein niedersächsischer Polizeisprecher), debattierte der Bonner Bundestag vergangenen Donnerstag über die Atomülltransporte. Selbst Umweltministerin Angela Merkel (CDU) mahnte: „Wir sind nicht die Fettschisten der Atomenergie.“

Sollten die bisherigen Pläne tatsächlich verwirklicht werden, müßte sich die Regierung zu einem beispiellosen innenpolitischen Kraftakt aufraffen. Mindestens 150 Transporte mit hochradioaktivem Müll sind nach Gorleben vorgesehen, bis zu 1600 weitere Lieferungen von mittel- und schwachaktiv strahlenden Stoffen stehen bis zum Jahr 2005 an – statistisch jede Woche 3 Atomtransporte.

Längst hat beim Kampf um Gorleben der Symbolwert die wirtschaftliche Vernunft beiseite gedrängt. Energiewirtschaftlich notwendig sind die Mülltransporte nicht – die Behälter könnten genauso gut etwa bei den ausländischen Aufbe-



Wasserwerfer gegen Demonstranten (bei

reitungsanlagen oder bei den Kraftwerken selbst gestaut werden.

Doch emsig untersuchen Geologen den Salzstock neben dem umstrittenen Zwischenlager, arbeiten an Plänen, hier den Abfall aus allen 19 deutschen Kernkraftwerken dauerhaft einzulagern. Atommanager und Umweltschützer wissen: Scheitert das Projekt, steht die Zukunft der gesamten deutschen Nuklearindustrie in Frage.

Verzweifelt überlegen Nuklearmanager und Politiker, wie sie künftig die strahlende Fracht ohne aufwendige Spektakel in die Lagerstätte manövrieren können. Die Castor-Fahrten sollen gebündelt werden. Um gleichzeitig zwei Behälter abladen zu können, wird ein Antrag zum Umbau des Zielbahnhofs in Dannenberg vorbereitet. So könnte wenigstens die Anzahl der Polizeieinsätze verringert werden.

Experten prüfen zudem die Anlieferung per Binnenschiff auf der Elbe oder mit dem Hubschrauber. Aber weder hat Gorleben einen Hafen, noch gibt es ein Fluggerät, das den 120 Tonnen schweren Stahlbehälter liften könnte.

SPIEGEL-Umfrage zu Atomülltransporten

„Sollen Transporte mit Polizeigewalt durchgesetzt werden?“

ja 53%
nein 36%

„Welche Widerstandsformen sind legitim?“

friedliche Demonstration 75%
Sitzblockade auf der Transportstrecke 22%
gewaltsame Blockade des Zwischenlagers 3%

„Wer soll die Kosten für den Polizeieinsatz zur Sicherung der Transporte tragen?“

die Kernkraftwerksbetreiber 53%
die Demonstranten 23%
wie bisher der Staat 20%

an 100 fehlende Prozent: keine Angaben; Emnid-Umfrage, 1000 Befragte, 8. bis 9. Mai 1996



N. SCHRÖDER / ARGUS

Gorleben): „Der Widerstand wird mit jedem Transport zunehmen“

Der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) hält die „Endschlacht um die Kernenergie“ in Gorleben bereits für verloren: „Der Widerstand wird mit jedem Transport zunehmen.“ Derzeit versucht Glogowski, zumindest einen Teil der Einsatzkosten bei Bundesfinanzminister Theo Waigel einzutreiben.

Für die rund 20 Kilometer Straßen-transport nach Gorleben könnten die Niedersachsen den Stromkonzernen lediglich die Kosten für einen Streifenwagen und ein Begleitfahrzeug in Rechnung stellen, moniert der Innenminister. Tatsächlich eskortierte aber ein vergitterter Troß von über hundert Polizeifahrzeugen den Atommüll-Tiefklärer, darunter Wasserwerfer, gepanzerte Räumfahrzeuge, Spezialkräne, Überwachungswagen, Gefangenentransporter und Sanitätswagen.

„Das stehen wir hier weder personell noch finanziell durch“, warnt Peter Faelzel, Sprecher der Polizei in Lüchow-Danzenberg. Fast jeder vierte niedersächsische Polizeibeamte war vergangene Woche zum Schutz der Atomfracht abkommandiert. 19 Polizeistationen und ein Kommissariat mußten vorübergehend schließen, weil alle Beamten im Wendland Dienst taten. „Wir werden hier noch zur reinen Transportpolizei“, urteilt der niedersächsische Landeskriminaldirektor Claus Spent.

Das Nuklear-Dilemma verdanken die Politiker einer alten Abmachung der sozial-liberalen Regierung unter Helmut Schmidt. Als Voraussetzung für die Betriebsgenehmigung deutscher Reaktoren akzeptierte Bonn Ende der siebziger Jahre die sogenannte Entsorgung in ausländischen Aufarbeitungsanlagen. In einer „diplomatischen Note“ vom 25. April 1979 verpflichtete sich die Bundesregierung gegenüber Frankreich, eine Rücklieferung des aufgearbeiteten Atommülls „nicht zu behindern“.

Eine juristische Falle, wie sich 16 Jahre später herausstellt. Denn wo die retournierten Mengen jetzt endgültig verbleiben sollen, ist noch immer unklar.

Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) hofft, mit den Atomkonzernen einen verbindlichen Zeitplan für das Abschalten der Reaktoren im nächsten Jahrtausend zu erreichen. Vorher müsse die SPD allerdings eine „gemeinsame Position“ finden, hält ihm Wilfried Steuer, Vorstand der Energie-Versorgung Schwaben, entgegen.

Ohne SPD-Parteichef Oskar Lafontaine zu informieren, versuchte der Niedersachse sich mit Umweltministerin Merkel über den Ausstieg zu einigen. „Am Knackpunkt Gorleben“, so

ein Insider, sei auch diese Runde gescheitert.

Schröder stört vor allem die weltweit einmalige Ballung von nuklearen Entsorgungsanlagen und Projekten in seinem Bundesland:

- ▷ Neben dem Salzstock in Gorleben soll das stillgelegte Erzbergwerk Schacht Konrad bei Salzgitter ab 1998 strahlende Stoffe mit geringer „thermischer Wirkung“ aufnehmen.
- ▷ Bei Wolfenbüttel wird seit 1967 in dem ehemaligen Salzbergwerk Asse die Einlagerung radioaktiver Stoffe erprobt.

- ▷ Auch in dem ehemaligen DDR-Atomlager Morsleben beim niedersächsischen Helmstedt wird Nuklearschrott eingelagert, obwohl die Depo nie nach bundesdeutschem Recht gar nicht mehr betrieben werden dürfte.

Zumindest was die Zukunft des Endlagers Gorleben angeht, könnte Schröder schon bald Entwarnung geben. Zwar wollen die Betreiber der deutschen Meiler die Salzstock-Erkundung derzeit noch nicht stoppen und streben eine „nationale Lösung“ (Steuber) an. Aber sollten sich jüngst erstellte Gutachten über Wassereinbrüche in dem geplanten Atombergwerk bestätigen, könnte für das geplante Endlager in Gorleben ein schnelles Ende kommen. Intern prüfen Spitzenmanager der

Atombranche deshalb schon ganz andere Entsorgungswege. In der Fachzeitschrift *Atomwirtschaft* forderten kürzlich Energiemanager einen neuen „Entsorgungskonsens“, da die deutschen Endlager Gorleben und Grube Konrad „mit erheblichen Unsicherheiten belastet“ seien.

Wolfgang Straßburg, Direktor beim Essener Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerk, schlägt vor, die Entsorgung teilweise gemeinsam mit den Russen zu betreiben. Straßburgs Idee: Die Bundesrepublik sollte den Russen auf deren Territorium Entsorgungsanlagen einrichten, in die Moskauer Regierung den eigenen Strahlenschrott verfrachten könne. Im Gegenzug könne Rußland „deutschen Atommüll aufnehmen“. Statt in Gorleben würden die Atombehälter dann in Katakomben unter dem Ural oder in sibirischen Bergwerken verstaubt.

Internationale Lösungen forderte im Herbst auch der baden-württembergische Energiemanager Steuer. Schon lassen Stromkonzerne Gesteinsformationen in Kanada und Schweden daraufhin untersuchen, ob sie die über Jahrtausende strahlenden Stoffe sicher aufnehmen können. Selbst ein unbesiedeltes Atoll in der Südsee ist in der Prüfung als Atomkippe. Gegen solch abenteuerliche Pläne steht allerdings bisher noch das deutsche Atomgesetz, das eine Entsorgung im Inland vorschreibt.

Manager des Düsseldorfer Mischkonzerns Veba prüften bereits, ob sie nicht die französische Wiederaufarbeitungsanlage La Hague kurzerhand kaufen sollten, um den Strahlenmüll dort zu parken. Bislang sind die deutschen Atombetreiber über komplizierte Liefer- und Abnahmeverträge an der Atomfabrik in der Normandie beteiligt.

Die Atomtransporte nach Gorleben sind offenbar, so sehen es Entsorgungsfachleute, ein Teil des derzeitigen Verhandlungspokers mit den Franzosen. Sollten die Deutschen die eingegangenen Rücknahmeverträge fristgerecht erfüllen, können sie die Preise für den La-Hague-Deal drücken.

Nach den Krawallen ist im Gorlebener Informationspavillon der Atomindustrie wieder Ruhe eingekehrt. In dem hübsch renovierten Fachwerkhaus können Besucher bewundern, wie sich die Atommanager die Entsorgung vorstellen. Neben einem aufgesägten Castor-Behälter und einem Stahlzylinder mit verglastem Atommüll steht dort ein Modell-Bergwerk. Zahlreiche Atommüllbehälter sind bereits eingelegt, ein Tieflader bringt schon neue Fracht heran.

Besonders gesichert werden muß das Modell-Endlager offenbar nicht, lediglich vor der Eingangstür des Pavillons wacht Schäferhund „Cindy“, angekettet von zwei Mitarbeitern eines privaten Sicherheitsdienstes.

„Der Feind schweiß uns zusammen“

Bruno Schrep über die zähen Widerständler vom Wendland

Der pensionierte Bauer Adolf Lambke, den alle Adi nennen, wird jetzt im Wendland als Held gefeiert. Freunde und Nachbarn bestaunen seine aufgeplätzte Lippe, die verkrusteten Schunden im verwitterten Gesicht, die Blutergüsse an Armen und Beinen.

Wildfremde junge Leute, die seine Enkel sein könnten, umarmen ihn auf der Straße. Bekannte, von denen er jahrelang nichts mehr gehört hat, rufen an: „Adi, weitermachen!“

Berühmt wurde der Kernkraftgegner aus Jameln, Landkreis Lüchow-Danenberg, innerhalb weniger Sekunden.

dem vom Trecker gehievt wird wie Stückgut.

„Alter Sack“, soll ihm ein Beamter nachgerufen haben – tatsächlich ist Bauer Lambke ein knorriger alter Wendländer: geradeaus, bodenständig, stur.

Einer von denen, die noch auf dem elterlichen Hof geboren wurden und fest entschlossen sind, dort auch zu sterben. Einer jener Alten, die sich geschworen haben, hartnäckig Widerstand zu leisten gegen Endlager, Zwischenlager, „Castor“. Einer der Einheimischen, deren Querköpfigkeit die Obrigkeit schon häufig gereizt hat. „Niemals aufgeben“ steht auf seinem Hemd.

Schon 1977, bei einer der ersten Demonstrationen in Gorleben, fährt sich Bauer Lambke einen Traktor kaputt. Später, als Kreistagsabgeordneter der Grünen, ärgert er die Verwaltung mit kniffligen Fragen zur Atompolitik. Heute prangt ein riesiges Transparent an seinem Haus: „Castor bringt Krebs.“

Ein junger linker Advokat, erbitterter Atomkraftgegner wie er, pakt ihn 1980 aus einem Prozeß wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung heraus.

Der Bauer soll bei Protestaktionen einen Polizisten und ein Absperrband mit Gülle überschüttet haben. „Nur drei Tropfen“, versichert Lambke heute – und außerdem sei er's nicht gewesen.

Der forsche Verteidiger, er heißt Gerhard Schröder, erreicht die Einstellung des Verfahrens, trinkt fortan mit seinem Mandanten manches Glas Bier. Inzwischen hat die Freundschaft gelitten. Als Ministerpräsident, findet Bauer Lambke, pfeife sein früherer Anwalt längst auf die alten Überzeugungen: „Der ist nicht mehr echt.“

Gisela Knoll würde Polizisten niemals mit Mist bespritzen. Die Diplomatenwitwe aus Trebel, eine feine Dame von 77 Jahren, protestiert stets unter Wahrung der Etikette. Polizeibeamte siezt sie so selbstverständlich wie ihre Mitdemonstranten. Zu Protestversammlungen fährt sie gelegentlich in ihrem offenen Mercedes-Cabriolet vor.

Einer Personalienfeststellung hat sie sich neulich mit ausgemachter Höflichkeit entzogen: „Ihre Papiere bitte.“ –



Atomgegner Lambke, Knoll: „Weitermachen“

Millionen Fernsehzuschauer sahen, wie der 65jährige von Polizisten gepackt wurde: das Gesicht voller Blut, mit dem Kopf zuerst, schreiend. Ein alter Mann mit grauem Bart, der Angst um seine Knochen hatte.

„Hätte ich gewußt, wie die vorgehen, wäre ich vorsichtiger gewesen“, gesteht das neue Idol der Atomkraftgegner. In der Wohnstube seines Hofes, wo er sich eigentlich erholen will, muß er Freunden von der Bäuerlichen Notgemeinschaft wieder und wieder von seiner Heldentat berichten:

Wie er durch einen Anruf erfährt, daß der Atommülltransporter gleich vorbeikommt. Wie er mit seinem alten Trekker zur Bundesstraße 248 tuckert, von jungen Demonstranten um Schutz vor den Wasserwerfern angegangen wird: „Komm Adi, stell dich vor uns.“

Wie dann, ruck, zuck, Polizisten mit Gummiknüppeln die Scheiben der Fahrerkabine zerdeppern und grob nach ihm greifen. Wie er sich noch mit einer Eisenstange zu wehren versucht, trotz-